
II **Verbände, Kontakte, Reisen**

Sören Flachowsky

Europäische Großraumwissenschaft unter deutscher Hegemonie

Das Reicherziehungsministerium und die geplante Neuordnung des internationalen wissenschaftlichen Verbundswesens 1940–1942

Im November 1940 – Frankreich war besiegt, die ›Luftschlacht um England‹ in vollem Gange und der Entschluss, die Sowjetunion anzugreifen längst gefasst – legte der Physiker Karl Kerkhof in den *Monatsheften für Auswärtige Politik* einen bemerkenswerten Artikel vor. Der rührige Leiter der Reichszentrale für wissenschaftliche Berichterstattung und Herausgeber der Zeitschrift *Forschungen und Fortschritte* betrachtete es seit 1919 als seine Aufgabe, alle maßgeblichen Instanzen gegen die Wissenschaftspolitik der Versailler Siegermächte in Stellung zu bringen und »die der deutschen Wissenschaft gebührende Stellung und Anerkennung in der Welt wiederzugewinnen«.¹ Auch diesmal ging Kerkhof mit den »Schöpfern von Versailles« hart ins Gericht und geißelte den »Kulturimperialismus der interalliierten Organisationen«, der immer schon darauf hinausgegangen sei, die deutsche Wissenschaft »planmäßig zu verdrängen«. Angesichts des für Deutschland erfolgreichen Kriegsverlaufs im Westen habe sich die Situation nun jedoch grundlegend geändert.² Denn »nach dem Völkerrecht«, so Kerkhof, seien »die Staatsverträge zwischen den kriegsführenden Mächten« mit dem Tag des Kriegsbeginns erloschen. Daraus leitete er ab, dass nach der Beendigung des Krieges zu prüfen sei, welche zwischenstaatlichen Vereinbarungen zwischen den kriegsführenden Mächten noch aufrechtzuerhalten oder einer

1 Conrad Grau und Leo Stern: *Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus. Teil 1: Von den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zur Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution*. Berlin [Ost] 1975, S. 131; Arne Schirrmacher: »Zwischen akademischer Rede und öffentlichem Diskurs: Kommunikationsstrategien der Akademien in der Zwischenkriegszeit«, in: *Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien – politische Umbrüche – wissenschaftliche Herausforderungen – institutionelle Anpassungen. Arbeitstagung des Projekts zur Geschichte der Leopoldina vom 22. bis 24. November 2012 in Halle (Saale)*, hg. v. Rüdiger vom Bruch u. a. Stuttgart 2014, S. 125–140, hier S. 128.

2 Karl Kerkhof: »Das Versailler Diktat und die deutsche Wissenschaft. Ein Beitrag zur Geschichte der internationalen Organisationen«, in: *Monatshefte für Auswärtige Politik* (November 1940), H. 11, S. 835–850, hier S. 836 und 848.

Revision zu unterziehen seien. Darüber hinaus würden die bestehenden Verhältnisse »eine neue Organisation der wissenschaftlichen Zusammenarbeit erforderlich« machen, die aber – davon zeigte sich Kerkhof überzeugt – »von den bisherigen Methoden und dem bisherigen Geiste der von Frankreich und England beherrschten internationalen Kulturpolitik wesentlich abweichen« werde.³

Was Kerkhof hier unverblümt zum Ausdruck brachte, stand im Zusammenhang mit Überlegungen im Reichserziehungsministerium (REM), das sich seit dem deutsch-französischen Waffenstillstand vom Juni 1940 anschickte, die transnationale Zusammenarbeit in den wissenschaftlichen Verbänden neu zu strukturieren. Im Fokus stand dabei das mondiale Geflecht der Wissenschaftsakademien, das um die Jahrhundertwende entstanden, im Ersten Weltkrieg zerstört und nach 1919 unter gänzlich anderem Vorzeichen wiedererrichtet worden war.⁴ Mit der Besetzung Belgiens und der Kapitulation Frankreichs waren die Verwaltungszentren dieses Netzwerks 1940 in den deutschen Herrschaftsbereich geraten. In Analogie zu den Plänen der NS-Wirtschaftseliten, das ökonomische Potential der eroberten Gebiete in einen autarken Großwirtschaftsraum unter deutscher Hegemonie zu integrieren, war man im Reichserziehungsministerium von dem Gedanken einer unter deutscher Führung stehenden kontinentalen Großraumwissenschaft durchdrungen.⁵ Den Ausgangspunkt der geplanten Reorganisation bildete die von den Entente-Mächten seit 1919 institutionalisierte Zusammenarbeit in den wissenschaftlichen Verbänden. Maßgeblichen Einfluss erhoffte sich dabei zunächst das deutsche Akademie-Kartell, das sich traditionell als maßgebliches Verhandlungsgremium für die internationa-

³ Kerkhof: »Diktat«, S. 850.

⁴ Vgl. Conrad Grau: »Die Preußische Akademie der Wissenschaften und die Wiederanknüpfung internationaler Wissenschaftskontakte nach 1918«, in: *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945*, hg. v. Wolfram Fischer. Berlin 2000, S. 279–315, hier S. 283.

⁵ Vgl. Helmut Maier: *Chemiker im »Dritten Reich«. Die Deutsche Chemische Gesellschaft und der Verein Deutscher Chemiker im NS-Herrschaftsapparat*. Weinheim 2015, S. 505. Zur wirtschaftlichen Neuordnung Europas, einer »kontinentalen Großraumwirtschaft«, vgl. Rolf-Dieter Müller: »Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegsführung«, in: *Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. 1. Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941*, hg. v. Bernhard R. Kroener, Rolf-Dieter Müller und Hans Umbreit. Stuttgart 1988, S. 349–689, hier S. 492. Auf die Ziele einer »Großraumwehrwirtschaft unter deutscher Führung« verwies Dietrich Eichholtz: »Ökonomie, Politik und Kriegsführung. Wirtschaftliche Kriegsplanungen und Rüstungsorganisation bis zum Ende der ›Blitzkriegsphase«, in: *Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945*, hg. v. Dietrich Eichholtz. Berlin 1999, S. 9–41, hier S. 15f.

len Wissenschaftsbeziehungen verstand.⁶ Es sollte sich jedoch zeigen, dass die Wissenschaftsmanager des Reichserziehungsministeriums ganz andere Vorstellungen darüber hatten, wie Deutschlands großeuropäischer »Führungsanspruch auf geistigem Gebiet« durchzusetzen sei.⁷

In welche Richtung diese Pläne zielten und welche Ergebnisse sie zeitigten, steht im Mittelpunkt der folgenden Betrachtungen. Für das Verständnis der deutschen Befindlichkeiten und Zielprojektionen ist es jedoch notwendig, zunächst auf die Strukturen des internationalen wissenschaftlichen Verbandswesens und sein durch den Ersten Weltkrieg getrübtes Verhältnis zu Deutschland einzugehen, das in der Zeit der Weimarer Republik zu einem alliierten Boykott und bald darauf einsetzenden deutschen »Gegen-Boykott« führte und die internationalen Wissenschaftsbeziehungen lange belastete. Erst ab 1935 kam es zu einer partiellen Annäherung unter Vorbehalt, die durch das 1939 ausgelöste Expansionsstreben Deutschlands erneut zerstört wurde.⁸ Im zweiten Teil meines Beitrags werde ich dann die durch die anfänglichen Kriegserfolge ausgelösten »Machbarkeitseuphorien« des deutschen Akademie-Kartells und des Reichserziehungsministeriums im Hinblick auf die Neuordnung des internationalen wissenschaftlichen Verbandswesens skizzieren.⁹

1 Kooperation und Dissonanzen – Von der *Internationalen Assoziation der Akademien* zur *Union Académique Internationale* 1919–1939

Den Ausgangspunkt der Betrachtungen markiert die Gründung des *Verbandes wissenschaftlicher Körperschaften* – des sogenannten Akademie-Kartells – mit dem die deutschen Akademien 1893 eine nationale Vereinigung zur Vertretung

⁶ Vgl. Grau: »Wiederanknüpfung«, S. 291.

⁷ Protokoll des REM über die Sitzung am 12. November 1940 betr. die internationalen Verbände, 11.12.1940, in: Bundesarchiv (BArch) Berlin, R 4901/3191, Bl. 9–48, hier Bl. 14R.

⁸ Vgl. Brigitte Schroeder-Gudehus: »Internationale Wissenschaftsbeziehungen und auswärtige Kulturpolitik 1919–1933. Vom Boykott und Gegen-Boykott zu ihrer Wiederaufnahme«, in: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*, hg. v. Rudolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke. Stuttgart 1990, S. 858–885.

⁹ Götz Aly und Susanne Heim: *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*. Frankfurt a. M. 1995, S. 394.

ihrer wissenschaftlichen Interessen ins Leben riefen. Im Kartell standen die Akademien gleichberechtigt nebeneinander, was sich beispielsweise in einer alternierenden Geschäftsführung widerspiegelte, die jährlich zwischen ihnen wechselte. Entsprechend der Organisation der Akademien verstand sich das Kartell als »Zusammenschluss von Institutionen mit gleichgerichteten Interessen auf natur- und geisteswissenschaftlichem Gebiet« sowie als »Vertretungsort der Wissenschaft gegenüber staatlichen Stellen«. Darüber hinaus betrachtete »sich der Verband auch gegenüber dem Ausland als Repräsentant der von seinen Mitgliedern betriebenen Forschungsarbeiten«, ja als Vertreter der deutschen Wissenschaft generell.¹⁰ Demzufolge entwickelte das Kartell in Kooperation mit der englischen *Royal Society* den Plan einer interakademischen, grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, woraus 1899 die *Internationale Assoziation der Akademien* (IAA) erwuchs, der bis 1914 24 Akademien des In- und Auslandes beitraten. Die IAA verstand sich als gesamtwissenschaftliche Organisation, die in ihren Sektionen für Natur- (Sciences) und Geisteswissenschaften (Lettres) über 30 wissenschaftliche Unternehmen betreute.¹¹ Allerdings war ihr nur eine kurze Wirkungszeit beschieden, denn ihre Arbeiten wurden durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbrochen. Obwohl nie formal aufgelöst, nahm die IAA nach 1918 ihre Tätigkeit nicht wieder auf, denn die Alliierten fassten den Entschluss, »den Kampf gegen deutsche Vorherrschaftsansprüche auch in das Gebiet der Wissenschaft hineinzutragen«.¹²

Ausdruck dieser Bestrebungen waren der 1919 gebildete *Conseil International de Recherches* (CIR) als »Dachorganisation für ein Netz neuer internationaler Fachgesellschaften« und die im gleichen Jahr gegründete *Union Académique Internationale* (UAI) als »Verband nationaler Akademien der Wissenschaften«.¹³ Der Internationale Forschungsrat mit Sitz in Brüssel hatte die Aufgabe, die internationalen Bestrebungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften zusammenzufassen und als Dachverband internationale Unionen für die einzelnen

10 Zur Bildung des Kartells und der der IAA vgl. Conrad Grau: »Die Wissenschaftsakademien in der deutschen Gesellschaft: Das ›Kartell‹ von 1893 bis 1940«, in: *Die Elite der Nation im Dritten Reich. Das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus*, hg. v. Christoph J. Scriba. Halle 1995, S. 31–53, hier S. 31–33.

11 Vgl. Grau: »Die Wissenschaftsakademien«, S. 32; Grau: »Wiederanknüpfung«, S. 279–291.

12 Schroeder-Gudehus: »Wissenschaftsbeziehungen«, S. 859; Felicitas Seebacher: »Building a New Europe on the back of ›German‹ science. Völkisch ideologies and imperialistic visions at the Academy of Sciences in Vienna«, in: *A New Nationalist Europe under Hitler. Concepts of Europe and Transnational Networks in the National Socialist Sphere of Influence, 1933–1945*, hg. v. Johannes Dafinger und Dieter Pohl. London, New York 2019, S. 205–221, hier S. 205f.

13 Schroeder-Gudehus: »Wissenschaftsbeziehungen«, S. 860.

naturwissenschaftlichen Fachrichtungen (etwa auf den Gebieten Geologie, Geodäsie, Geographie oder Mathematik) zu bilden. Das Schwergewicht der wissenschaftlichen Arbeit lag bei diesen Fachunionen, die grenzüberschreitende Kongresse organisierten und sich um international abstimmungsbedürftige Probleme der Nomenklatur oder der Standardisierung kümmerten.¹⁴ Dagegen bestimmte der den Fachunionen übergeordnete Forschungsrat ihre innere Organisation und Arbeitsweise.¹⁵

Tab. 1: Zahlenmäßige Verteilung der internationalen Kongresse 1845–1932
(n. Kerkhof: »Diktat«, S. 845).

Jahre	Frankreich	Belgien	Deutschland	Österreich	Gesamt
1845–1870	13	12	9	4	38
1871–1900	180	69	45	21	315
1901–1914	58	69	78	24	229
1919–1932	241	119	83	40	483
1845–1932	492	269	215	89	1.065

Das Pendant zum Forschungsrat bildete die *Internationale Union der Akademien*, die ihre Hauptaufgabe in der internationalen Zusammenarbeit durch gemeinsame Forschungen und Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften (Philologien, Archäologie, Geschichte, Politik- und Sozial-Wissenschaften) erblickte.¹⁶ Auch die UAI hatte ihren Sitz in Brüssel, da die Alliierten konsequent danach strebten, alle vor 1914 in Deutschland oder Österreich angesiedelten Zentralbüros zu ersetzen und ein wissenschaftspolitisch wirksames Gegengewicht zu der bis dahin von Deutschland dominierten IAA aufzubauen.¹⁷ Etwaige deutsche Hoffnungen, an die Vorkriegsstrukturen anzuknüpfen und die eigene wissenschaftspolitische Dominanz fortzuschreiben,

¹⁴ Vgl. Margit Szöllösi-Janze: *Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie*. München 1998, S. 581.

¹⁵ Vgl. Szöllösi-Janze: *Fritz Haber*; Vermerk von Heinrich Dahnke (REM), 23.4.1937, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 25–28; Protokoll des REM über die Sitzung am 12. November 1940 betr. die internationalen Verbände, 11.12.1940, in: BArch Berlin, R 4901/3191, Bl. 9–48, hier Bl. 11f.

¹⁶ Vgl. Vermerk des REM über die UAI, 1939, in: BArch Berlin, R 4901/3047 (Heft 1), Bl. 3f.

¹⁷ Vgl. Kerkhof: »Diktat«, S. 840f.; Grau: »Wiederanknüpfung«, S. 292f.; Schroeder-Gudehus: »Wissenschaftsbeziehungen«, S. 859f.; Roy MacLeod: »Der wissenschaftliche Internationalismus in der Krise. Die Akademien der Alliierten und ihre Reaktion auf den Ersten Weltkrieg«, in: *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945*, S. 317–349, hier S. 340–343.

wurden 1919 jäh enttäuscht, denn die Siegermächte zeigten sich entschlossen, Deutschland und seine Verbündeten vom internationalen Wissenschaftsbetrieb auszuschließen. Dieser bewusst auf Bestrafung und Demütigung ausgerichtete Boykott äußerte sich beispielsweise in den Statuten des *International Research Council*, die Deutschland und seine Verbündeten für mindestens zwölf Jahre von jeglicher Mitarbeit ausschlossen. Zwar sah die Satzung der Akademieunion eine derartige Bestimmung nicht vor, aber auch unter ihren Mitgliedern war es zunächst nicht opportun, deutsche Wissenschaftler zur Mitarbeit aufzufordern.¹⁸ Infolgedessen konstituierten sich Internationale Fachunionen nicht nur ohne deutsche Beteiligung, deutsche Gelehrte wurden auch nicht mehr zu Tagungen eingeladen. Darüber hinaus wurden deutsche Zeitschriften und Referaten-Organe ›boykottiert‹ oder durch Neugründungen in ihrer Bedeutung zurückgedrängt und Deutsch als Verhandlungssprache auf Kongressen ausgeschlossen.¹⁹

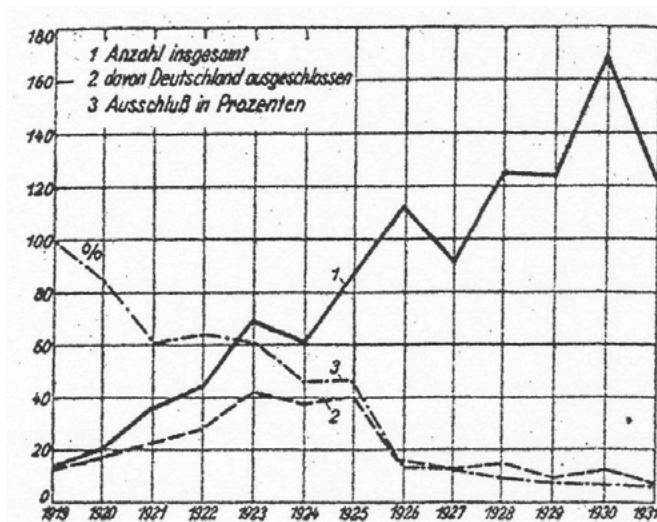


Abb. 1: Wissenschaftliche Kongresse allgemein 1919–1932 (n. Kerkhof: »Diktat«, S. 845).

18 Vgl. Schroeder-Gudehus: »Wissenschaftsbeziehungen«, S. 860.

19 Vgl. Kerkhof: »Diktat«, S. 844; Schroeder-Gudehus: »Wissenschaftsbeziehungen«, S. 860. Allerdings wurde diese Blockade von einzelnen Gelehrten durch finanzielle und materielle Solidaritätsbeweise von Beginn an unterlaufen. Vgl. ebd., S. 861f. Zu frühen Zweifeln auf der Ebene der Internationalen Fachunionen über den Sinn der Blockade vgl. Szöllösi-Janze: *Fritz Haber*, S. 581f.

Das war allerdings nur eine Seite der Medaille, denn auch in Deutschland bestanden starke Vorbehalte gegen eine Mitwirkung in den neuen von den ehemaligen Kriegsgegnern bestimmten wissenschaftlichen Organisationen. Insbesondere die deutschen Akademien lehnten »entsprechend ihrem Selbstverständnis der Einheit von Natur- und Geisteswissenschaften« eine Unterteilung in zwei internationale Organisationen, die obendrein ihren Sitz in Brüssel hatten, grundsätzlich ab.²⁰ Wichtiger noch war die politische Dimension, denn als »Nebenschauplatz der Kriegsschulddebatte«²¹ traf der Ausschluss in seiner symbolischen Wirkung die Standesehre der deutschen Gelehrten, weil ihnen »in corpore vorgeworfen wurde«, im Krieg »gegen die Normen der internationalen Gelehrtengemeinschaft verstoßen und deswegen ihre Zugehörigkeit verwirkt zu haben«.²² Schließlich erschütterte der Ausschluss auch die »Basis ihres sozialen Legitimationsverständnisses«, nämlich ihren Anspruch auf die Anerkennung ihrer Verdienste um Deutschlands Rang unter den Großmächten.²³ Folglich markierte die alliierte Abkehr von der so genannten »Kriegsschuldlüge« für die deutschen Gelehrten fortan die »unabdingbare Voraussetzung für ihre Teilnahme an der internationalen Kooperation«.²⁴

Obwohl es zwischen 1920 und 1933 nicht an Versuchen der west- und nord-europäischen Akademien fehlte, Deutschland zum Eintritt in den Forschungsrat und die Akademieunion zu bewegen, gefiel sich das deutsche Akademie-Kartell in einer ostentativ zur Schau gestellten »Politik des ›leeren Sessels«, ja schickte sich sogar an, die alte IAA wieder zum Leben zu erwecken.²⁵ Selbst die Reichsregierung, die sich ab Mitte der zwanziger Jahre für eine Wiederaufnahme der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit einsetzte, hatte mit ihren Mahnungen kein Erfolg, denn die Vertreter des Akademie-Kartells sahen »keine Veranlassung, aus ihrer abwartenden Haltung herauszutreten«.²⁶ Dahinter

²⁰ Grau: »Wissenschaftsakademien«, S. 34. Vgl. zudem den Vermerk von Heinrich Dahnke (REM), 23.4.1937, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 25–28, hier Bl. 25R; Kerkhof: »Diktat«, S. 844.

²¹ Szöllösi-Janze: *Fritz Haber*, S. 582.

²² Schroeder-Gudehus: »Wissenschaftsbeziehungen«, S. 862.

²³ Schroeder-Gudehus: »Wissenschaftsbeziehungen«.

²⁴ Grau: »Wissenschaftsakademien«, S. 34.

²⁵ Szöllösi-Janze: *Fritz Haber*, S. 582. Zu den bis 1926 anhaltenden Versuchen des Akademie-Kartells, die IAA wiederaufleben zu lassen, vgl. Grau: »Wiederanknüpfung«, S. 295–298; Grau: »Wissenschaftsakademien«, S. 34–36.

²⁶ Grau: »Wissenschaftsakademien«, S. 39. Zu den Verhandlungen auf den jährlichen Verbandstagen des Akademie-Kartells über den Beitritt zum Forschungsrat und der Akademieunion vgl. ebd., S. 35–40; Grau: »Wiederanknüpfung«, S. 291–313; Schroeder-Gudehus: »Wissenschaftsbeziehungen«, S. 864–876.

stand eine dezidiert antirepublikanische Stoßrichtung, die Stresemanns Bemühungen um eine Westannäherung und Einbindung Deutschlands in die internationalen Organisationen hintertrieb.²⁷ Selbst als der Internationale Forschungsrat nach den Verträgen von Locarno und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund den Paragraphen über den Ausschluss der Mittelmächte aus seinem Statut gestrichen hatte, änderte sich nichts. So ließen die deutschen Akademien nicht nur eine an sie ergangene Einladung des Forschungsrats jahrelang unbeantwortet, sondern beschlossen 1929, die Behandlung dieser Frage bis auf weiteres ruhen zu lassen. Während Deutschland tatsächlich erst nach dem Zweiten Weltkrieg in den Internationalen Forschungsrat eintreten sollte,²⁸ begann es ab 1928 lediglich damit, sich als reguläres Mitglied an den Arbeiten der naturwissenschaftlichen, sich zunehmend vom Forschungsrat emanzipierenden Fachunionen zu beteiligen. Allerdings wurde sorgsam darauf geachtet, das »Schwergewicht« der deutschen Beteiligung »stets bewusst vom internationalen Verband weg auf die einzelnen internationalen Unionen« zu verlegen, da es auf dieser Ebene für deutsche Gelehrte wesentlich einfacher schien, ihren Einfluss geltend zu machen.²⁹

Eine ganz andere Entwicklung nahm Deutschlands Verhältnis zur Internationalen Akademieunion. Bis 1933 hatte das Kartell einen Beitritt immer wieder »aus nationalen Gründen« abgelehnt.³⁰ Als sich die UAI 1933 aber zu einer den Forderungen der Deutschen entsprechenden Änderung ihrer Statuten durchrang, begann die innerdeutsche Front der Gegenboykotteure zu bröckeln.³¹ Im

27 Vgl. Szöllösi-Janze: *Fritz Haber*, S. 587.

28 Vgl. MacLeod: »Internationalismus«, S. 343. Der IRC wurde im Jahr 1931 in den *International Council of Scientific Unions* (ICSU) umbenannt. Vgl. Grau: »Wiederanknüpfung«, S. 312.

29 Die deutsche Partizipation an den Unionen erfolgte nicht über die Akademien, die sich weiterhin fernhielten, sondern über einzelne Wissenschaftler oder wissenschaftliche Vereine. Vgl. Schroeder-Gudehus: »Wissenschaftsbeziehungen«, S. 873–876 und 884; Szöllösi-Janze: *Fritz Haber*, S. 586–598; Maier: *Chemiker*, S. 247–260. Einen Überblick über die Mitwirkung Deutschlands in den einzelnen Unionen des IRC bieten das Protokoll des REM über die Sitzung am 12. November 1940 betr. die internationalen Verbände, 11.12.1940, in: BArch Berlin, R 4901/3191, Bl. 9–48, und Karl Kerkhof (Reichszentrale für wissenschaftliche Berichterstattung, Berlin) an REM (mit anliegendem Bericht Kerkhofs über die internationalen wissenschaftlichen Organisationen vom 22.7.1940), 24.3.1941, in: BArch Berlin, R 4901/2729, Bl. 96–106.

30 Karl Brandi (Göttingen) an REM, 11.8.1936, in: BArch Berlin, R 4901/3047, Bl. 53.

31 Dabei stießen sich die Deutschen hauptsächlich an ihrem zwiespältigen Verhältnis zu Frankreich und der Vorherrschaft der Westmächte in der UAI. Heinrich Lüders, Sekretär an der PAW, fasste die deutschen »Bedingungen«, die das Kartell als Voraussetzung für einen Beitritt zur Union ansah, wie folgt zusammen: »1/ dass der Ort der Tagungen der Union wechselt und nicht an Brüssel gebunden ist. Gegen Brüssel als Sitz des Büros werden keine Bedenken erhoben.«

Mai 1935 wurden die Kartell-Akademien schließlich in die Union aufgenommen, in der sie fortan mitarbeiteten, ohne jedoch ihre Vorbehalte gegen die aus ihrer Sicht »verhältnismäßig bescheidene« Organisation gänzlich abzulegen.³² Zu Vertretern der deutschen Akademien avancierten zunächst der Berliner Orientalist Heinrich Lüders und der Göttinger Historiker Karl Brandi, während Österreich durch den Klassischen Philologen Ludwig Radermacher und den Historiker Heinrich Ritter von Srbik repräsentiert wurde.³³ Die wissenschaftliche Mitarbeit der deutschen Akademien in der Union konzentrierte sich hauptsächlich auf die Unternehmungen des »Corpus vasorum antiquorum«, auf den »Katalog der Alchimistenhandschriften«, auf das »Mittellateinische Wörterbuch« (Erneuerung des »Du Cange – Dictionnaire du latin médiéval«) und auf die »Edition philosophischer Texte des Mittelalters«.³⁴

Wie Karl Brandi Ende 1938 glaubte, schien sich die Arbeit in der Akademieunion ganz »im Sinne deutscher Weltgeltung« zu gestalten.³⁵ Im Frühjahr 1939 bahnten sich im Reich jedoch wissenschaftspolitische Entscheidungen an, die nicht nur zur Auflösung des 1893 gegründeten deutschen Akademie-Kartells führten, sondern auch Auswirkungen auf die internationale Zusammenarbeit in der UAI hatten.³⁶ Auslöser dieser Entwicklungen war Theodor Vahlen, der kurz zuvor vom Reichserziehungsminister zum Präsidenten der *Preußischen Akademie*

ben. 2/ dass als offizielle Sprache der Union allein die französische gilt. Wenn mehrere Sprachen, etwa Englisch und Französisch als offizielle Sprachen zugelassen sein sollten, so müsste auch die Zulassung des Deutschen gefordert werden.« Heinrich Lüders (Berlin) an Halvdan Koth (Oslo), 8. Juli 1934, in: Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (ABBAW), PAW II-XII/33, Bl. 8.

32 Dem Beitritt des Kartells ging ein Antrag der norwegischen, holländischen und amerikanischen Akademien voraus, den diese bereits am 22. Januar 1935 gestellt hatten. Die eigentliche Zuwahl erfolgte am 13. Mai 1935. Vgl. Herbert von Richthofen (Deutsche Gesandtschaft, Dänemark) an Auswärtiges Amt (AA), 11. Juni 1935, in: BArch Berlin, R 4901/3047, Bl. 19; Auszug aus dem Protokoll der Gesamtsitzung der PAW vom 23. Mai 1935, ABBAW, PAW II-XII, 33, Bl. 29; Auszug aus dem Protokoll der Gesamtsitzung der PAW vom 10. Oktober 1935, ebd., Bl. 38. Der Hinweis auf den »verhältnismäßig bescheidenen« Charakter der UAI findet sich im Bericht von Karl Brandi (Göttingen) über die Union académique internationale besonders über die Sitzungen vom 11.–14. Mai 1936 in Brüssel, in: BArch Berlin, R 4901/3047, Bl. 54–60, hier Bl. 60.

33 Zu Srbik vgl. Seebacher: »Building a New Europe on the back of 'German' science«, S. 206–210.

34 Vgl. Grau: »Wissenschaftsakademien«, S. 48; Bericht von Johannes Stroux (Berlin, Vizepräsident der UAI) über die Unternehmungen der UAI nach dem Stande des Jahres 1939, 27. Januar 1943, in: BArch Berlin, R 4901/3047, Bl. 376–384.

35 Karl Brandi an die Deutsche Kongress-Zentrale (Berlin), 28. November 1938, in: BArch Berlin, R 4901/2742, Bl. 65.

36 Vgl. Grau: »Wissenschaftsakademien«, S. 49.

mie der Wissenschaften (PAW) ernannt worden war. Vahlen und seine Entourage entwickelten in Kooperation mit dem Ministerium Rust ein ehrgeiziges Programm, durch das die Berliner Akademie im Mai 1939 zum ständigen Vorort und Verwaltungssitz des neugebildeten *Verbandes der Deutschen Akademien* aufstieg, womit der bis dahin auf Konsens und Gleichberechtigung basierende Charakter des Kartells zerstört wurde.³⁷ Die Internationale Akademieunion diente Vahlen dabei als Vorwand, denn wie er betonte, würde ein ständiger Vorort in Berlin die Geschäftsführung mit den Behörden und der Union außerordentlich erleichtern.³⁸ Um die Verbindung zur UAI besser steuern zu können, schreckte Vahlen auch nicht davor zurück, die bisherigen deutschen Vertreter Lüders und Brandi zu diskreditieren und durch den Wiener Srbik und den Berliner Altphilologen Johannes Stroux ersetzen zu lassen.³⁹ Vahlens Ambitionen reichten aber noch weiter. Im Sommer 1939 legte er einen Entwurf für die Neugestaltung der Satzung des Akademie-Kartells vor, die von Reichsminister Rust im August 1940 in Kraft gesetzt wurde.⁴⁰ Nur wenige Tage später offenbarte Vahlen schließlich, dass es ihm eigentlich um die Schaffung einer gänzlich neuen Institution ging, die unter dem Namen »Reichsakademie der Deutschen Wissenschaft« firmierte. Sie hatte die Aufgabe, »hervorragende Einzelleistungen« zu unterstützen, wissenschaftliche Gemeinschaftsarbeiten durchzuführen und das »Verständnis des Volkes für [die] Leistungen der Wissenschaft« zu fördern. Darüber hinaus – und das ist für unseren Zusammenhang wichtig – sollte sie »die deutsche wissenschaftliche Forschung nach innen und nach außen« vertreten.⁴¹

³⁷ Vgl. Grau: »Wissenschaftsakademien«, S. 49f. Dazu und zum Widerstand der kartellierten Akademien gegen diesen Alleingang der PAW vgl. Peter Nötzoldt: »Strategien der deutschen Wissenschaftsakademien gegen Bedeutungsverlust und Funktionsverarmung«, in: *Die Preußische Akademie der Wissenschaft zu Berlin 1914–1945*, hg. v. Wolfram Fischer. Berlin 2000, S. 237–277, hier S. 259–270.

³⁸ Vgl. Theodor Vahlen (PAW) an REM, 18. März 1939, in: BArch Berlin, R 4901/3047, Bl. 105f.

³⁹ Vgl. Helmuth Scheel (PAW) an Theodor Vahlen (PAW), 25. März 1939, in: ABBAW, PAW II–XII/34, Bl. 67.

⁴⁰ Infolge dessen ging das Kartell nun in einem neuen »Reichsverband der Deutschen Akademien der Wissenschaften« auf. Vgl. von Rudolf Mentzel (REM) genehmigte »Satzung des Reichsverbands der Deutschen Akademien der Wissenschaften«, 21. August 1940, in: BArch Berlin, R 4901/14038, unp.

⁴¹ Vgl. Peter Nötzoldt: »Die deutschen Wissenschaftsakademien: Geltungsanspruch und Wirklichkeit«, in: *Wissenschaftsakademien im Zeitalter der Ideologien*, S. 141–174, hier S. 151f. Vor dem Hintergrund des seit 1919 zu beobachtenden wissenschaftspolitischen Bedeutungsverlusts der Akademien hatte sich die PAW schon Ende der zwanziger Jahre darum bemüht, durch die Übernahme neuer Aufgaben mehr »Kompetenz auf Reichsebene zu erlangen« und somit

Vahlens Plan war für die Pragmatiker im Reichserziehungsministerium verlockend, denn er eröffnete ihnen die Aussicht, die bis dahin steckengebliebene ›Verreichlichung‹ der Hochschulen voranzutreiben und die seit 1934 lauthals proklamierten Bemühungen zur Zentralisierung des Forschungssektors endlich durchzusetzen.⁴² Aber auch für die Akademien war Vahlens Konzept interessant, da sie hoffen konnten, damit ihren Anspruch als Alleinvertreter der deutschen Wissenschaft im Ausland zu unterstreichen.⁴³ Vor diesem Hintergrund erwies es sich als überaus bedeutsam, dass mit Johannes Stroux einer der beiden deutschen Vertreter in der Internationalen Akademieunion im Mai 1939 zum UAI-Vizepräsidenten gewählt worden war.⁴⁴

»wieder« zum »Mittelpunkt aller Forschung« aufzusteigen. Vgl. Nötzoldt: »Strategien«, S. 245–248 und S. 258f. Mit dem Reichsakademie-Konzept knüpfte Vahlen an derartige Bestrebungen an. Als Mitglieder der »Reichsakademie« waren die im Kartell vereinigten Akademien vorgesehen, die zu ihrem traditionellen Namen die Bezeichnung »Sozietät der Deutschen Reichsakademie« hinzufügen sollten. Hinzu kamen »neu zu bildende Gesellschaften der Wissenschaften«, die »an jedem Ort, wo sich eine Universität oder Technische Hochschule« und keine Akademie befand, vom REM errichtet werden konnten. Dies galt »insbesondere da, wo bereits angesehene wissenschaftliche Vereinigungen« bestanden, »die zu solchen Gesellschaften umgebildet werden« sollten. Aber auch an Orten, wo keine Hochschule bestand, konnte eine »Gesellschaft« gegründet werden. Ihre Mitglieder sollten aus dem Kreis der Hochschullehrer stammen und durch Satzung zur Mitarbeit »verpflichtet« werden. Die »Gesellschaften« eröffneten dem REM die Aussicht, der ›Gleichschaltung‹ der Hochschulen näher zu kommen. Die »Reichsakademie« sollte zunächst eine »Mathematisch-Physikalische«, eine »Biologische« und eine »Geisteswissenschaftliche Klasse« umfassen. Ihre Leitung oblag einem Präsidenten und vier Vizepräsidenten (die drei Klassensekretäre und ein Justitiar). Ein »Kleiner Senat« sollte der Beratung des Präsidenten dienen, ein »Großer Senat« die der »Reichsakademie« zugewiesenen Beschlüsse fassen und ihre Wahlakte vornehmen. Vgl. den Vorentwurf für die Satzung der Deutschen Reichsakademie der Wissenschaften vom 31. August 1940, in: BArch Berlin, R 4901/14038, unp.

42 Zu diesen Plänen, die auf das vom REM 1934 entwickelte Konzept einer »Reichsakademie der Forschung« zurückgingen und in den 1937 gegründeten Reichsforschungsrat mündeten, vgl. Sören Flachowsky: *Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg*, Stuttgart 2008, S. 174–188 und 223–229.

43 Nötzoldt: »Wissenschaftsakademien«, S. 152. Vgl. auch das Kap. »Der Reichsforschungsrat und die ›Reichsakademie der Wissenschaft‹. Auf dem Weg zu einer europäischen Großraumwissenschaft?« in: Sören Flachowsky: *Reichsforschungsrat*. Diss. Humboldt-Universität zu Berlin 2005, S. 383–397.

44 Vgl. Bericht von Heinrich Ritter von Srbik (Wien) und Johannes Stroux (Berlin) über die 20te Tagung des Comité der UAI (XX. Session annuelle ordinaire 8.–11. Mai 1939), in: BArch Berlin, R 4901/3047, Bl. 126–132, hier Bl. 131. Der Vorstand der UAI setzte sich nun wie folgt zusammen: Präsident: Waldo Leland (USA); Vizepräsidenten: Sir David Ross (Großbritannien), Johannes Stroux (Deutschland); Generalsekretär: Baron Marc de Selys-Longchamp (Belgien). Zu Johannes Stroux vgl. Sören Flachowsky: »Neuaufbau und Wiederbeginn. Der Wissen-

2 Das Reichserziehungsministerium und die geplante Neuordnung des internationalen wissenschaftlichen Verbandswesens

1940–1942

Im Oktober 1939 teilte das Reichserziehungsministerium den ihm nachgeordneten Verwaltungen vertraulich mit, dass der Krieg nicht »zu einer Vernachlässigung der wissenschaftlichen, künstlerischen und sonstigen Beziehungen zum neutralen Ausland« führen dürfe. Im Hinblick auf die wissenschaftlichen Beziehungen zu den ›Feindstaaten‹ schien jedoch besondere Vorsicht am Platze. So sei dem Ministerium umgehend zu berichten, wenn »eine Zurücksetzung Deutschlands in den internationalen Verbänden und sonstigen Organisationen im Zusammenhang mit dem Ausbruch und Verlauf des Krieges« zu beobachten sei.⁴⁵ Unter Repressionen hatten freilich nicht die deutschen Besatzer, sondern die mit Brachialgewalt unterworfenen Länder Europas zu leiden. Dass sich bereits nach dem ›Polenfeldzug‹ keine Initiativen zur wissenschaftlichen Neuordnung abzeichneten, hing vor allem mit rassistischen Vorbehalten zusammen, die im ›Generalgouvernement‹ lediglich ein »Experimentierfeld« erblickten, auf dem die Besatzungsherrschaft und die »Ausbeutung der regionalen Ressourcen gleichsam paradigmatisch eingeübt« wurden.⁴⁶ Die Besetzung Nord- und Westeuropas ließ für viele Zeitgenossen einen nationalsozialistischen ›Endsieg‹ in greifbare Nähe rücken.⁴⁷ Wie der Chef des Amtes Wissenschaft im Reichserziehungsministerium und Präsident der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* Rudolf

schaftsorganisator Johannes Stroux an der Berliner Universität 1945–1947«, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 7 (2004), S. 191–214; Johannes Irmscher: »Johannes Stroux. Altertumsforscher-Wissenschaftsorganisator-Humanist«, in: *Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR*. Berlin [Ost] 1987, S. 19–27.

⁴⁵ Werner Zschintzsch (REM) an die Rektoren der Hochschulen, Unterrichtsverwaltungen der Länder und die Vorsteher der nachgeordneten preußischen und Reichsdienststellen, 10. Oktober 1939, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 4. Gleichwohl wurden vom REM Anfang Februar 1940 alle Mittel für die Unternehmungen gestrichen, die im Zusammenhang mit der UAI standen. Vgl. Theodor Vahlen (PAW) an Johannes Stroux, 12. Juni 1940, in: ABBAW, PAW, II-XII/34, unp.

⁴⁶ Rüdiger Hachtmann: »Unter ›deutscher Führung im großeuropäischen Raum‹. Trends nationalsozialistischer Wissenschaftsexpansion seit 1938«, in: *Ressourcenmobilisierung. Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im NS-Herrschungssystem*, hg. v. Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann und Florian Schmaltz. Göttingen 2016, S. 33–81, hier S. 55, 66–75.

⁴⁷ Vgl. Hachtmann: »Unter ›deutscher Führung im großeuropäischen Raum‹«, S. 36f.

Mentzel 1940 feststellte, habe der durch den Krieg erzwungene »Wegfall des westeuropäischen Einflusses« den Weg für eine »Neuordnung der Welt« freiemacht. Nun sei es an der deutschen Wissenschaft, die besetzten Gebiete »auch geistig an die Mitte Europas« zu binden.⁴⁸

Die in diese Richtung ziellenden Erwägungen des Ministeriums Rusts kollidierten jedoch mit den gleichgerichteten Interessen anderer Ressorts. So erwog die dem Propagandaministerium unterstehende *Deutsche Kongress-Zentrale*, »den Sitz der internationalen Verbände, soweit er bisher in französischer bzw. belgischer Hand gewesen« war, nach Deutschland zu verlegen.⁴⁹ Der eingangs erwähnte Karl Kerkhof wurde im Juli 1940 vom Auswärtigen Amt um einen »Bericht über die internationalen Verbände« gebeten.⁵⁰ Wie er dem Amt daraufhin mitteilte, sei es »sachlich gerechtfertigt, dass Deutschland die Führung bei der jetzt notwendig gewordenen Neubildung« übernehme. Als »Kern« der neuen Organisation empfahl Kerkhof die frühere Assoziation der Akademien, gab aber auch zu bedenken, dass man die Forschungsräte in Deutschland, Italien und in anderen Ländern zu einer »internationalen Dachorganisation« zusammenzuschließen könne.⁵¹ Aus dem Hermann Göring als Beauftragten für den Vierjahresplan nahestehenden Reichsamts für Wirtschaftsausbau war zu vernehmen, dass der politisch-militärischen Herrschaft des NS-Regimes über ein rassistisch segregiertes Europa nun die wissenschaftliche Herrschaft folgen und die deutsche Forschung »zum Eckpfeiler der gesamten europäischen Wissenschaft« werden müsse.⁵² Rust, Goebbels und von Neurath hatten zu diesem Zweck unabhängig voneinander sogar eigene Beauftragte nach Paris und Brüssel

48 Entwurf für einen Vortrag des DFG-Präsidenten Rudolf Mentzel, gehalten bei der Feier anlässlich der 20. Wiederkehr des Gründungstages der DFG (Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft) (S. 30f.), 30. Oktober 1940, in: BArch Berlin, R 73/11065, unp.

49 Heinrich Dahnke (REM) an Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP), 12. September 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 11. Im November 1940 soll das Büro der UAI in Brüssel durch die Gestapo geschlossen worden sein. Vgl. Udo Wennemuth: *Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909–1949*. Heidelberg 1994, S. 341, Anm. 256.

50 Heinrich Dahnke (REM) an Auswärtiges Amt (AA), 12. September 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. R 11–12.

51 Karl Kerkhof (Reichszentrale für wissenschaftliche Berichterstattung, Berlin) an REM (mit anliegendem Bericht Kerkhofs über die internationalen wissenschaftlichen Organisationen vom 22. Juli 1940), 24. März 1941, in: BArch Berlin, R 4901/2729, Bl. 96–106, hier Bl. 102f.

52 Hachtmann: »Führung«, S. 38f. Vgl. auch Huberth Meth an Friedrich (Fritz) Görnnert (Stabsamt Reichsmarschall Göring), 1. April 1941, in: Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg, RL 3/56, Bl. 491–497, hier Bl. 497 (Anlage 2).

entsandt, die sich durch gezielte »Aktenbeschlagnahme« mit den Interna der internationalen Organisationen vertraut machten.⁵³

Da sich verschiedene Stellen mit der »Übernahme oder Neuorganisation der internationalen Verbände« befassten, kamen Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichserziehungs- und des Reichsinnenministeriums im September 1940 überein, das Ministerium Rust mit der Federführung in dieser Frage zu betrauen.⁵⁴ Ein Arbeitsplan legte fest, sich zunächst durch eingehende »Materialsammlungen« einen Überblick über die internationalen Verbände zu verschaffen. In der Reihenfolge ihrer jeweiligen Bedeutung seien dann die Möglichkeiten ihrer Verlegung nach Deutschland zu prüfen. Einrichtungen des Völkerbunds seien aufzulösen oder neu zu gründen. Bei der Transferierung aus den westlichen Ländern sei auch auf eine »Verteilung auf den europäischen Raum« zu achten. So seien nicht alle Verbände nach Deutschland zu verlegen. Vielmehr müsse man auch die Achsenpartner und die neutralen Staaten berücksichtigen, um deren Abwanderung an etwaige Neugründungen von anderer Seite – etwa Amerikas – zu verhindern.⁵⁵ Im Reich selbst müsse ein internationales Forschungsgremium entstehen, das mit den einzelnen internationalen Fachverbänden zu verbinden sei. Dieses würde die beiden noch bestehenden internationalen wissenschaftlichen Dachorganisationen – den Forschungsrat und die Akademieunion – schließlich ablösen.⁵⁶

Da man sich im Reichserziehungsministerium nicht im Klaren darüber war, welche konkreten Maßnahmen auf den einzelnen Fachgebieten möglich und »nötig« waren, lud es im November 1940 die in den internationalen Wissen-

⁵³ Ein Hinweis auf vom RMVP nach Paris entsandte »Beauftragte« findet sich in Heinrich Dahnke (REM) an RMVP, 12. September 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 11. Als Beauftragter des AA in Paris wirkte der Gesandte Fritz Berber. Vgl. Heinrich Dahnke (REM) an AA, 12. September 1940, in: ebd., Bl. 11R–12. Das REM hatte seinen Referenten Heinrich Dahnke zum Chef der Militärverwaltung in Frankreich abgestellt. Vgl. Vermerk von Dahnke (REM) betr. Allgemeines über die internationalen wissenschaftlichen Verbände, 18. September 1940, in: ebd., Bl. 22f. Dass auch Akten in Brüssel gesichtet wurden geht hervor aus: Protokoll der Sitzung am 12. November 1940 betr. die internationalen Verbände, 11. Dezember 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3191 – Sonderheft (Protokoll vom 12. November 1940), Bl. 9. Zum deutschen »Beutezug« durch Frankreichs chemische Industrie und Wissenschaftsinstitute vgl. Maier: *Chemiker*, S. 505–508; Peter Schöttler: »Ressourcen in der NS-Geschichtswissenschaft – am Beispiel von ›Westforschung‹ und ›Archivschutz‹«, in: *Ressourcenmobilisierung*, S. 178–196.

⁵⁴ Vgl. Heinrich Dahnke (REM) an AA, 12. September 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 11R–12; AA an REM und RMI, 17. September 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 6.

⁵⁵ Notiz von König (REM) über eine Besprechung im AA, 20. September 1940, Bl. 7f.

⁵⁶ Vermerk von Dahnke (REM) betr. Allgemeines über die internationalen wissenschaftlichen Verbände, 18. September 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 22f.

schaftsorganisationen maßgebenden deutschen Wissenschaftler zu einer Sitzung ein.⁵⁷ Ihnen wurde dabei eröffnet, dass »die gegenwärtige Lage« grundsätzliche »Revisionsmöglichkeiten« im Hinblick auf die internationalen Verbände biete. Das Ministerium wolle einen Zustand herbeiführen, »der der Bedeutung der deutschen Wissenschaft innerhalb der einzelnen wissenschaftlichen Unionen gerecht« werde und die Möglichkeit biete, »den politischen Führungsanspruch in Europa auch im Bereich der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu manifestieren«. Allerdings seien die internationalen Wissenschaftsbeziehungen den Erfordernissen der Kulturpolitik unterzuordnen, die wiederum auf die »Nahziele der Außenpolitik« Rücksicht zu nehmen hätten. Es gehe also gewissermaßen um eine »Kriegsführung ohne Einsatz von Waffen«. Die »kulturpolitische Sicherung und [...] Einflussnahme auf die besetzten Gebiete« sollte auf verschiedenen Feldern erfolgen. Dazu zählte etwa der praktische »Einsatz der deutschen Wissenschaft« auf *auslandskundlichem* Gebiet – etwa über das Auslandswissenschaftliche Institut in Berlin oder die Wissenschaftlichen Ostinstitute in Breslau, Königsberg usw. Das Rückgrat der *außenkulturpolitischen* Tätigkeiten sollten die Deutschen Wissenschaftlichen Institute im Ausland bilden. Sie sollten den »Gesamteinsatz der deutschen Kulturpolitik leiten und planen« und zu »Leitstellen der wissenschaftlichen Auslandsbeziehungen werden«.⁵⁸

Dem Reicherziehungsministerium ging es aber zunächst um die »Vorbereitung und Planung der geistigen Sicherung« des deutschen Sieges. Zwar stehe fest, dass Deutschland »bei einer Neuordnung Europas den Führungsanspruch für die geistigen Dinge [...] in die Hand nehmen und ihn durchsetzen werde«, es stelle sich jedoch die Frage, wie man mit dem Internationalen Forschungsrat, seinen Fachunionen und der Akademieunion verfahre. Sei ihre Auflösung denkbar, ihre Verlegung erwünscht oder solle eine neue Dachorganisation unter deutscher Führung »als Kampfinstrument gegen die bestehenden der Westmächte« geschaffen werden? Bei alldem sei auch zu erwägen, inwieweit man Italien beteilige und wie man sich gegenüber den Vereinigten Staaten verhalte. Gerade hier stelle sich die Frage, ob man überhaupt noch internationale wis-

⁵⁷ Zu den Teilnehmern vgl. Einladungsliste des REM, 28. Oktober 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 31–33; Anwesenheitslisten, 12. November 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3191 – Sonderheft (Protokoll vom 12.11.1940), Bl. 3f.

⁵⁸ BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 9–48, hier Bl. 9–18. Zu den Deutschen Wissenschaftlichen Instituten vgl. Frank-Rutger Hausmann: »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht«. *Die Deutschen Wissenschaftlichen Institute im Zweiten Weltkrieg*. Göttingen 2002; Eckard Michels: *Das Deutsche Institut in Paris 1940–1944. Ein Beitrag zu den deutsch-französischen Kulturbeziehungen und zur auswärtigen Kulturpolitik des Dritten Reiches*. Stuttgart 1993, S. 65f.

senschaftliche Arbeit auf dem bisherigen Forum betreiben könne, oder sich angesichts der Haltung Amerikas nicht besser nur auf der »europäischen Plattform« bewege?

In ihrer Diskussion kamen die vom Reichserziehungsministerium geladenen Sachverständigen überein, die Akten der naturwissenschaftlichen Fachunionen und der ständigen Büros in Paris und Brüssel ›sicherzustellen‹ und dort selbst deutsche Kommissare einzusetzen. Eine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Forschungsrat wurde nach wie vor ausgeschlossen. Vielmehr sollte »unter Ausnutzung der gegebenen Lage mit allen Mitteln versucht werden [...], eine grundlegende neue Organisation der wissenschaftlichen Zusammenarbeit« zu schaffen. Die neue Einrichtung sollte aber Geistes- und Naturwissenschaften umfassen und damit den von Deutschland vertretenen Grundsatz der Einheit der Wissenschaft auch international dokumentieren. Eine »Kampfstellung mit der amerikanischen Wissenschaft« glaubten die Tagungsteilnehmer »in Kauf« nehmen zu können, denn diese Entscheidung sei auf amerikanischer Seite bereits 1933 gefallen.⁵⁹

Interessant war nun, dass der als Vertreter der deutschen Akademien geladene Theodor Vahlen die Gunst der Stunde zu erkennen glaubte. Auch er war von der Ansicht durchdrungen, »dass Deutschland die Führung der internationalen Organisationen der Wissenschaft« zu übernehmen habe. Wie er meinte, kam der von ihm projektierten ›Reichsakademie der deutschen Wissenschaft‹ »eine Monopolstellung in der Pflege der wissenschaftlichen Beziehungen zum Ausland« zu.⁶⁰ Damit stieß er jedoch auf den Widerstand des Reichserziehungsministeriums, das inzwischen den Plan verfolgte, im Reichsforschungsrat (RFR) ein »besonderes Gremium« für die einheitliche Behandlung der internationalen Zusammenarbeit der deutschen Wissenschaft zu schaffen. Da der Reichsforschungsrat nur natur- und technikwissenschaftliche Fachsparten umfasste, hatte Mentzel inzwischen sogar veranlasst, die Geisteswissenschaften, unabhängig von dem von Paul Ritterbusch angeleiteten »Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften«, in geeigneter Form zusammenzufassen.⁶¹ So spielte man

59 Vermerk Herbert Scurlas (REM), 19. November 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 131–133.

60 BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 132R; Seebacher: »Building a New Europe on the back of ›German‹ science«, S. 210–212.

61 Zum »Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften«, der die Aufgabe hatte, die »Idee einer neuen europäischen Ordnung [...] herauszuarbeiten« und den deutschen »»Anspruch« auf Lebensraum und Führung« zu legitimieren, vgl. Frank-Rutger Hausmann: »Deutsche Geisteswissenschaft im Zweiten Weltkrieg. Die »Aktion Ritterbusch« (1940–1945). Heidelberg 2007, S. 59 und 78. Zum RFR vgl. Flachowsky: *Reichsforschungsrat*. – Der Vorschlag, mit dem RFR in

mit dem Gedanken, innerhalb des RFR »eine Fachsparte Geisteswissenschaft oder mehrere Sparten dieser Art« einzurichten.⁶² Vorbehalten Vahlens wurde entgegengehalten, dass die »politisch wichtigsten Bereiche der Geisteswissenschaften (Geschichte, Vorgeschichte, Archäologie, Volkskunde, Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaften usw.)« in der Akademieunion »sowieso keinen Raum gehabt hätten«. Zudem könnten die deutschen Akademien nicht für sich in Anspruch nehmen, »einen Zusammenschluss der [...] fachwissenschaftlichen Bestrebungen in Deutschland darzustellen«. Demnach sei ihre Einbeziehung in die beim Reichsforschungsrat geplante Neugründung »nicht erforderlich«. Die Akademien hätten sich in ihren Auslandsbeziehungen lediglich auf repräsentative Fragen zu beschränken, während es dem Reichsforschungsrat vorbehalten sei, die deutsche Wissenschaft »nach außen zu vertreten«.⁶³ Ein Ergebnis der

Deutschland »eine internationale Organisation der Forschungsreinrichtungen der anderen Länder zu verbinden«, ging auf Heinrich Dahnke vom REM zurück. Vgl. Vermerk von Dahnke (REM) betr. Allgemeines über die internationalen wissenschaftlichen Verbände, 18. September 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 22f.

62 Mit dieser Aufgabe hatte das REM Paul Ritterbusch beauftragt. Vermerk Herbert Scurlas (REM), 19. November 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 131–133. Noch im Mai 1942 spielte man mit dem Gedanken, im RFR Fachsparten für »Auslandswissenschaften«, »Verwaltungs- und Rechtswissenschaften« sowie für »Geschichts- und philologische Wissenschaften, einschl. Sozialwissenschaften« einzurichten. REM an AA, Mai 1942, in: BArch Berlin, R 26 III/130, unp.

63 Vermerk Herbert Scurlas (REM), 19. November 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 131–133. Die Neuordnung der internationalen Wissenschaftsorganisation über den RFR, war eine Fortsetzung der bereits 1934 vom REM verfolgten Konzepte einer »Reichsakademie der Forschung« (RAF), die sich auch der »Pflege der Beziehungen zu gleichgerichteten Einrichtungen des Auslandes« annehmen sollte. Vgl. etwa Entwurf des REM über die Reichsakademie der Forschung, ohne Datum (1934), in: BArch Berlin, R 4901/14037, Bl. 58–63, hier Bl. 59. Die Vorbehalte des REM gegen Vahlens Pläne wurden auch daran ersichtlich, dass das REM in sämtlichen Entwürfen der PAW die Passagen strich, die sich auf die Auslandsaufgaben der »Reichsakademie der deutschen Wissenschaft« (RAW) bezogen. Vgl. etwa Vermerk Rudolf Mentzels betr. Reichsakademie der Wissenschaften errichtet, 3. September 1940, in: BArch Berlin, R 4901/14038, unp.; Theodor Vahlen (PAW) an REM, 10. März 1941, in: R 4901/14038, unp. Dafür sprechen auch die sich ständig wandelnden Satzungsentwürfe für die RAW. Hatte ein Entwurf vom 13. Januar 1941 noch auf die Aufgabe der RAW verwiesen, »die deutsche Wissenschaft nach innen und nach außen« zu vertreten, fand sich in einem zwei Monate später gefertigten Entwurf keine derartige Bestimmung mehr. Nun sollte die RAW nur noch die »Weltgeltung der Deutschen Wissenschaft« fördern. Vgl. Entwürfe einer Satzung für die Reichsakademie der Deutschen Wissenschaft, 13. Januar 1941 und 7. März 1941, in: R 4901/14038, unp. In den folgenden Monaten erhielt Vahlens RAW vom REM nicht einmal genügend Mittel. Darauf hinaus protestierte Alfred Rosenberg gegen ihre Absicht, Zweigstellen an verschiedenen Stellen zu gründen. Dadurch gehe nicht nur »allmählich der eigentliche Sinn der staatlichen Akademien verloren«, zudem entstehe ein »unerträgliches Durcheinander«. Dieser »Betätigungs-

November-Sitzung war ein Arbeitsausschuss, der das Ministerium bei der Neugestaltung des internationalen wissenschaftlichen Verbandswesens beraten sollte.⁶⁴

Tab. 2: Arbeitsausschuss des REM zur Neugestaltung der Gesamtorganisation des internationalen wissenschaftlichen Verbandswesens (1941).

Mitglieder	Institutionen
Naturwissenschaften	
Prof. Dr. Karl Beurlen	Fachspartenleiter für Bodenforschung (RFR)
Prof. Dr. Eugen Fischer (abgesagt)	KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, Berlin-Dahlem
Prof. Dr. Harald Geppert	Preußische Akademie der Wissenschaften, Berlin
Dr. Günter Wolff	Vertreter des Fachspartenleiters für Landbauwissenschaft und Biologie Prof. Dr. Konrad Meyer (RFR), Kolonialwissenschaftliche Abteilung (RFR)
Prof. Dr. Kohlschütter	Deutsche Vereinigung für Geodäsie und Geophysik, Babelsberg
Prof. Dr. Peter Adolf Thiessen (abgesagt)	Fachspartenleiter für anorganische Chemie
Prof. Dr. Theodor Vahlen	Präsident der Preußischen Akademie der Wissenschaften, Berlin

drang« stehe »in innerstem Zusammenhang mit dem der Partei gewordenen Auftrag für die Hohe Schule, eine zentrale Forschungs- und Lehrstätte zu werden«. Der Plan, »im ganzen Reiche Akademien zu gründen« störe die »weltanschaulich forschende Arbeit der NSDAP«. Aus diesem Grund ersuchte Rosenberg den Leiter der Partei-Kanzlei, Martin Bormann, den Ausbau der staatlichen Akademien durch Zweiggründungen zu verbieten. Alfred Rosenberg an Martin Bormann, 23. Dezember 1941, in: Institut für Zeitgeschichte, München, MA 545, Bl. 1082f. Da sich das REM und die deutschen Akademien nicht auf eine endgültig verbindliche Satzung für die RAW verständigen konnten, wurden die Pläne im Frühjahr 1942 auf Eis gelegt. »Die Akademien bezeichneten sich zwar als Sozietäten der Reichsakademie, eine gültige Satzung, geschweige denn Mitglieder oder Arbeitsformen dieser Reichsakademie existierten jedoch nicht«. Nötzoldt: »Strategien«, S. 267–270.

64 Zu den Mitgliedern dieses Ausschusses vgl. Herbert Scurla (REM) an die betr. Wissenschaftler, 9. Januar 1941, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 130.

Geisteswissenschaften

Prof. Dr. Leo Bruhns	KWI für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Berlin
Prof. Dr. Gerhard Rohlfs	Lehrstuhl für Romanische Philologie, Universität München
Dr. Hugo Andres Krüss	Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek, Berlin
Prof. Dr. Walter Platzhoff	Allgemeiner Deutscher Historikerausschuss, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Predöhl	Institut für Weltwirtschaft, Universität Kiel
Prof. Dr. Paul Ritterbusch	Referent für Geisteswissenschaften am REM (»Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften«)

Sachverständige

Dr. Karl Kerkhof	Leiter der Reichszentrale für wissenschaftliche Berichterstattung, Berlin
Prof. Dr. Heinrich Harmjanz	Reichserziehungsministerium
Dr. Heinrich Dahnke	Reichserziehungsministerium
Dr. Herbert Scurla	Reichserziehungsministerium
Regierungsinspектор König	Reichserziehungsministerium

In Abkehr zu bis dahin bestehenden Prämissen stellte der Ausschuss fest, dass für die »Geltung der deutschen Wissenschaft im Ausland« allein ihre Leistung maßgebend sei und »nicht eine machtpolitische Einflussnahme auf den organisatorischen Apparat«. Die künftige Organisationsstruktur der internationalen Wissenschaft – also auch die Frage, was an die Stelle der Akademieunion und des Internationalen Forschungsrats zu setzen sei – rückte damit in den Hintergrund. Ein »ersprießliches Zusammenarbeiten der gesamten Akademien der Welt« sei nur möglich, wenn man auf »Gewaltschritte« verzichte.⁶⁵ Wichtiger

⁶⁵ Ernst Heymann (PAW): Stellungnahme zum Schreiben der Akademie Göttingen über die Union, 12. Januar 1941, in: ABBAW, PAW, II-XII/35, unp. Die Behörde des Militärbefehlshabers in Belgien ließ Anfang 1941 durchblicken, dass »alles vermieden werden müsse, was das Empfinden erwecken könne, als solle ein Druck ausgeübt werden«. Reisebericht Helmuth Scheels

erschien dem Ausschuss ein leistungsorientierter »positiver« wissenschaftlicher Einsatz Deutschlands in seinen wissenschaftlichen Außenbeziehungen. Dahinter stand gewissermaßen ein machtbasierter ›magnettheoretischer Ansatz‹. Die Vorbildwirkung der NS-Forschungspraxis sollte Deutschland zum wissenschaftlichen Magneten machen, um die besetzten Gebiete anzuziehen.⁶⁶ Aus diesem Grund sollten hervorragende Fachgelehrte des neutralen Auslandes zu Vorträgen nach Deutschland eingeladen und deutsche Wissenschaftler ins Ausland entsendet werden. Darüber hinaus schlug der Ausschuss vor, mit der Durchführung von Arbeitstagungen zu beginnen, um die internationale Gemeinschaftsarbeit wieder in Gang zu bringen.⁶⁷ Entscheidender Grundsatz sollte dabei sein, dass sich Deutschland »für die Fortführung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit während des Krieges in seinem Machtraum in gleicher Weise verantwortlich« fühlte, wie für den Fortgang und die Neugestaltung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit. Aus dieser »Verantwortung« leitete sich schließlich der Anspruch ab, dass das Reich »die Führung [...] der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit in seinem Machtraum sofort« zu übernehmen habe.⁶⁸

Eine der vom Reichserziehungsministerium daraufhin eingeleiteten Maßnahmen bestand in der Organisation von Arbeitstagungen, wobei besonderes Augenmerk auf die Beteiligung ausländischer Fachprominenz gelegt wurde.⁶⁹ Gerade der persönliche Meinungsaustausch mit den Ausländern sollte Klarheit

(PAW) über die Dienstreise nach Brüssel in der Zeit vom 25.–30. Januar 1941, 1. Februar 1941, BArch Berlin, R 4901/3047, Bl. 192–195.

66 Zu der von Kurt Schumacher 1946/47 entwickelten »Magnettheorie«, die darauf abzielte, durch die »Prosperität der Westzonen [...] den Westen zum ökonomischen Magneten« für den Osten zu machen und auf diese Weise die deutsche Einheit zu erringen, siehe Werner Abels-hauser: »Zur Entstehung der ›Magnet-Theorie‹ in der Deutschlandpolitik«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27.4 (1979), S. 661–679; Kurt Schumacher: *Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945*. Bonn 2005, S. 361–363. Ich danke Christoph Roolf (Düsseldorf) für den Hinweis auf diese Theorie.

67 Internationale Kongresse »betont repräsentativen Charakters« sollten nunmehr völlig abgeschafft und durch »sachliche Arbeitstagungen unter sinnvoller Aufgabenstellung« ersetzt werden. Vermerk Herbert Scurlas (REM), 21. Januar 1941, in: ebd., Bl. 135–137; Wilhelm Burmeister (REM) an Amtschef W [Rudolf Mentzel], 22. Januar 1941, in: ebd., Bl. 138.

68 Vermerk Herbert Scurlas (REM), 21. Januar 1941, in: ebd., Bl. 135–137.

69 Eine Aufstellung dieser »konkreten Maßnahmen« findet sich ebd., Bl. 136f. Eine dieser Arbeitstagungen sollte von dem Wirtschaftswissenschaftler Andreas Predöhl organisiert werden und sich des Themas »Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung« annehmen. Wie der Vermerk des REM dazu festhielt, sollte das »Konjunkturproblem [...] zum Vorwand der Erörterung einer Neuordnung der Wirtschaft im europäischen Raum« verwendet werden. Auch im REM war man demnach über derartige Fragen zumindest informiert. Vgl. ebd., Bl. 136.

über die praktischen Maßnahmen für die Umgestaltung bringen.⁷⁰ Dass dies aber nicht ohne weiteres gelang, offenbarte etwa die von Helmut Berve im Rahmen des »Kriegseinsatzes der Geisteswissenschaften« im April 1941 organisierte Tagung »Das neue Bild der Antike«. Wie Frank-Rutger Hausmann zeigt, legte man zwar »großen Wert auf eine internationale Beteiligung« und lud 34 ausländische Altertumswissenschaftler ein, aber zur großen Enttäuschung der Veranstalter nahm keiner von ihnen teil.⁷¹ Gleichermaßen galt für die Ende 1941 geplante Tagung der im »Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften« organisierten Staatsrechtslehrer, deren »ursprünglich internationale Ausrichtung« ebenfalls nicht realisiert wurde.⁷² Etwas erfolgreicher agierten die Geographen. Nachdem Deutschland Anfang 1942 seinen Austritt aus der *Internationalen Geographischen Union* erklärt hatte, bemühte es sich um die Schaffung eines neuen »Internationalen Geographenkongresses«, der als ständiges Tagungsbüro, internationale Veranstaltungen organisieren sollte. Im März 1942 fand im Rahmen der »Aktion Ritterbusch« eine Geographentagung in Würzburg statt, an der eine Reihe kollaborationswilliger Ausländer teilnahm. Damit gelang es erstmals, die »Isolation der deutschen Wissenschaft im Krieg [...] zu durchbrechen und einen Schritt im Hinblick auf einen internationalen Geographenverband zu tun«, der die alte *Geographische Union* der Alliierten ablöste.⁷³

Das Ziel einer europäischen Kolonialwissenschaft unter deutscher Führung verfolgte der Leiter der Kolonialwissenschaftlichen Abteilung des Reichsforschungsrates, Günter Wolff, der auch zum oben genannten Arbeitsausschuss des REM gehörte. Wolff bereitete eine »Europäische Kolonialwissenschaftliche Arbeitstagung« vor, die im Juni 1942 stattfinden sollte. Insgesamt waren 260 Teilnehmer, darunter 70 Ausländer, vorgesehen. Aus der Konferenz sollte eine »Europäische Kolonialwissenschaftliche Akademie« hervorgehen, in die europäische Kolonialinstitute und deren Übersee-Dependancen integriert und somit unter deutsche Kontrolle gebracht werden sollten. Hiermit kam Wolff jedoch dem italienischen »Achsenpartner« in die Quere, der ganz ähnliche Pläne verfolgte. Da das Auswärtige Amt mit Rücksicht auf das verbündete Italien gegen

70 Fritz von Twardowski (AA) an REM, 25. Juni 1941, in: ebd., Bl. 229.

71 Hausmann: *Geisteswissenschaft*, S. 117f. Der Hinweis darauf, dass Berves Tagung zu dem Maßnahmenkatalog des REM gehörte, findet sich in Vermerk Herbert Scurlas (REM), 21. Januar 1941, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 135–137.

72 Der Titel der Tagung lautete »Die Verfassung des Reiches hinsichtlich ihrer Entwicklung und ihrer heutigen Gestalt« (ebd.); Hausmann: *Geisteswissenschaft*, S. 254.

73 Der Vorsitz dieser Gesellschaft sollte mit den Kongressen zwar wechseln, da ihr Generalsekretär aber stets ein Deutscher sein sollte, schien »eine deutsche Kontinuität an der Verbands spitze gewährleistet« (vgl. ebd., S. 138–140).

die weit vorangeschrittenen Pläne Wolffs intervenierte, wurden sie 1942 auf Eis gelegt.⁷⁴

Italienische Ambitionen spielten auch im Hinblick auf die Akademieunion eine wichtige Rolle. Im Frühjahr 1941 hatte der Altphilologe Johannes Stroux vorgeschlagen, sein Vizepräsidentenamt »als Vorbereitung für die In-die-Hand-Nahme der Union« auszunutzen.⁷⁵ So versuchte er, die UAI durch die Wieder-aufnahme von Kommissionsarbeiten (»Mittellateinisches Wörterbuch«, »Wissenschaftliche Bibliographie des Altertums«, »Codifizierung der Papyrus-Urkunden«) zu aktivieren und alle »erreichbaren Mitglieder« zu Impulstagungen nach Brüssel oder Paris einzuladen.⁷⁶ Zu seiner Ernüchterung musste Stroux jedoch bald feststellen, dass bei einem Teil der westlichen Gelehrtenwelt die Auffassung vorherrschte, die Union ruhen zu lassen. Aufgrund dessen sahen die NS-Behörden von der Einberufung der Tagung ab.⁷⁷ Da sich aber Italien das erlahmende deutsche Interesse zu Nutze machen und führenden Einfluss auf die Akademieunion gewinnen wollte, griff das Reichserziehungsministerium Mitte 1942 auf den Plan einer Zusammenkunft in Paris wieder zurück. Als Stroux Ende 1942 erneut in Paris und Brüssel sondierte, wurde er aber nicht nur frostig empfangen, seine Gesprächspartner ließen sich wieder nicht auf bindende Absprachen ein.⁷⁸ Infolgedessen sah Berlin im März 1943 von weiteren Verhandlungen im Hinblick auf die UAI nun endgültig ab.⁷⁹

Dass der Generaldirektor der *Preußischen Staatsbibliothek* Hugo Andres Krüss ebenfalls in den Arbeitsausschuss des REM berufen wurde, deutet darauf hin, dass sich die avisierte ›Neuordnung‹ auch auf das Bibliothekswesen erstrecken sollte. Krüss wurde aufgefordert festzustellen, ob mit dem Internationalen Bibliotheksverband und dem Internationalen Verband für Dokumentation Ar-

74 Vgl. Holger Stoecker: »Afrika als ›kolonialer Ergänzungsräum‹ im ›Dritten Reich‹. Ressourcen, Visionen und Limitationen der NS-Kolonialwissenschaften«, in: *Ressourcenmobilisierung*, S. 153–177, hier S. 171; Holger Stoecker: *Afrikawissenschaften in Berlin von 1919 bis 1945. Zur Geschichte und Topographie eines wissenschaftlichen Netzwerkes*. Stuttgart 2008, S. 270–274.

75 Vermerk von Dr. Klett (REM) über die Besprechung mit Prof. Dr. Stroux über die UAI, 13. März 1941, in: BArch Berlin, R 4901/3047, Bl. 233.

76 Bericht von Johannes Stroux (PAW) über die Verhandlungen mit dem Generalsekretariat der UAI Brüssel, 11. bis 13. Juli 1941, 15. September 1941, in: R 4901/3047, Bl. 249–259.

77 Vgl. etwa Alfred-Ingmar Berndt (RMVP) an REM, 16. Mai 1942, in: R 4901/3047, Bl. 279.

78 Vgl. Johannes Stroux (PAW) an REM betr. UAI, 3. Juni 1943, in: R 4901/3047, Bl. 391f. Hinzu kam, dass Stroux' Dienstreise mit der Besetzung Nordafrikas durch die Alliierten zusammenfiel, was aus deutscher Sicht im Hinblick auf die geplanten Besprechungen in Paris und Brüssel »ungünstig« war. Johannes Stroux (PAW) an REM betr. UAI, 3. Juni 1943, in: , Bl. 391f.

79 Vgl. REM an den Präsidenten der PAW, 13. März 1943, in: R 4901/3047, Bl. 388.

beitsbesprechungen eingeleitet werden könnten.⁸⁰ Dahinter stand der Gedanke, »das europäische Bibliothekswesen eng an die deutschen Bibliotheken zu binden«. Der Bibliotheksreferent des Reichserziehungsministeriums hatte zu diesem Zweck bereits ein Programm entwickelt, das u. a. vorsah, deutsche Bibliothekare ins Ausland zu entsenden und junge ausländische Bibliothekare zu Gastaufenthalten nach Deutschland einzuladen. Zur »Beratung der ausländischen Bibliotheken« waren wechselseitige Ausstellungen und eine »Arbeitsgemeinschaft europäischer Bibliothekare« vorgesehen. Ja man spielte sogar mit dem Gedanken, die in Deutschland gültigen Katalogisierungsregeln für die »Bibliotheken des europäischen Raumes« verbindlich zu machen.⁸¹

Im Februar 1941 unterrichtete Rudolf Mentzel das Auswärtige Amt über die Ergebnisse der von seinem Ministerium organisierten Arbeitsbesprechungen und inzwischen eingeleiteten Maßnahmen. Dabei brachte er zum Ausdruck, dass auf eine Überführung der internationalen Dachorganisationen nach Deutschland inzwischen kein »entscheidendes Gewicht« mehr gelegt werde, »da sie im Rahmen der Wiedergutmachung des Versailler Vertrages aufgelöst und [...] durch einen einheitlichen Dachverband ersetzt« würden.⁸² Die Frage, was zukünftig an die Stelle der Akademieunion und des Internationalen Forschungsrats trete, sei zurückgestellt worden, da sich die Einbeziehung der Geisteswissenschaften in den Reichsforschungsrat erst im Aufbau befindet.⁸³ Die

80 Vermerk Herbert Scurlas (REM), 21. Januar 1941, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 135–137. Zu den Beziehungen Deutschlands zur *International Federation of Library Associations* (IFLA) vgl. Sören Flachowsky: »Zeughaus für die Schwerter des Geistes«. *Die Deutsche Bücherei in Leipzig 1912–1945*. Göttingen 2018, S. 447–460 und 975–994.

81 Vgl. Sören Flachowsky: »Wissenschafts- und Bibliothekspolitik 1933 bis 1945«, in: *Selbstbehauptung – Anpassung – Gleichschaltung – Verstrickung. Die Preußische Staatsbibliothek und das deutsche Bibliothekswesen 1933–1945*, hg. v. Klaus G. Saur und Martin Hollender. Frankfurt a. M. 2014, S. 35–68, hier S. 50f. Zu analogen Planungen der deutschen Chemie, die auf eine europäische Gemeinschaftsarbeit in einer neuen Dachorganisation – der »Vereinigung Europäischer Chemiker« – abzielten, siehe Maier: *Chemiker*, S. 511–514.

82 Von der Einsetzung »deutscher Kommissare« in den internationalen »Unionen« und Vereinigungen sollte auf Weisung des Botschafters in Paris, Otto Abetz, nun abgesehen werden. Vgl. Rudolf Mentzel (REM) an AA, 4. Februar 1941, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 145–148.

83 »Deutscherseits wird in Zukunft der Reichsforschungsrat die einheitliche Ausrichtung des Einsatzes der deutschen Wissenschaft auf dem Gebiet der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit zu vollziehen haben.« Nachdem im RFR »in organisatorischer und auch in finanzieller Hinsicht eine starke deutsche Ausgangsstellung geschaffen worden« sei, sei auf »keinem« Fachgebiet eine »wissenschaftliche Kampfstellung« mit der »anglo-amerikanischen Wissenschaft« zu fürchten. Zudem habe man auch dem Grundsatz der »Einheit der Wissenschaft« Rechnung getragen, denn »die für den Kriegseinsatz unter Führung des Rektors der Universität Kiel, Prof. Ritterbusch, zusammengefassten Geisteswissenschaftler« würden »ge-

vom REM auf diese Weise postulierte Richtlinienkompetenz kollidierte jedoch mit den Zentralisierungsbestrebungen des Auswärtigen Amtes auf dem Gebiet der auswärtigen Kulturpolitik. Der Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Fritz von Twardowski, betonte im April 1941, die Frage der internationalen Verbände betreffe die verschiedensten Gebiete von Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Technik. Folglich seien ganz verschiedene Dienststellen für einzelne Gebiete zuständig. Gerade deswegen sei es aber notwendig, dass die Bearbeitung des Gesamtproblems nach »einheitlichen Richtlinien« erfolge, ohne die jeweilige Zuständigkeit der Ressorts auszuschalten. Diese Richtlinien sollten auf Grund ihres außenpolitischen Charakters von einem »Interministeriellen Ausschuss« unter dem Vorsitz des Auswärtigen Amtes aufgestellt werden.⁸⁴

Zwar waren sich alle vom Auswärtigen Amt angesprochenen Ressorts über den deutschen Führungsanspruch in Europa einig, sie waren aber nicht bereit, sich bei dessen Durchsetzung vom Außenminister in ihren Zuständigkeitsbereich hineinreden zu lassen. Damit war der vom Amt geplante Ausschuss vorerst vom Tisch.⁸⁵ Im Hintergrund liefen die Verhandlungen jedoch weiter und führten tatsächlich zu einer Übereinkunft zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Reichserziehungs- und dem Propagandaministerium. Im Mai 1942 informierte das Auswärtige Amt alle maßgeblichen Behörden über die bevorstehende Bildung eines »Interministeriellen Ausschusses für die Behandlung des Verbands- und Kongresswesens«.⁸⁶ Allerdings kam der Ausschuss aufgrund von »Schwie-

meinsam mit den Spartenleitern des Reichsforschungsrates und besonderen Beauftragten für die intern. wissenschaftliche Zusammenarbeit auf den einzelnen Fachgebieten im Einvernehmen mit mir [Mentzel] die Sicherung der deutschen Führung auf den in Frage kommenden Gebieten vorbereiten« (ebd.).

84 Fritz von Twardowski (AA) an REM, RMI, RMVP, Reichswirtschafts-, Reichsernährungs-, Reichspostministerium, Reichsgesundheitsamt, Reichszentrale für wissenschaftliche Berichterstattung, Auslandsabteilung der Reichsärztekammer, Deutsche Kongresszentrale, Verein Deutscher Ingenieure, 21. April 1941, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 201f. Die Leitung des Ausschusses sollte der Botschafter in Brüssel, Vicco von Bülow-Schwante, übernehmen. Zu seiner Person vgl. Hans-Jürgen Döschner: *SS und Auswärtiges Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der »Endlösung«*. Frankfurt a. M. 1991, S. 122 (Anm. 81) und S. 129.

85 Vgl. Fritz von Twardowski (AA) an RMVP, 28. April 1941, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 202R; Vermerk von Herbert Scurla (REM), 7. Mai 1941, in: ebd., Bl. 213f.; Fritz von Twardowski (AA) an die beteiligten Dienststellen (mit anliegendem Protokoll der Ressortbesprechung betr. Einsetzung eines Interministeriellen Ausschusses für die Behandlung internationaler wissenschaftlicher Organisationen am 2. Mai 1941), 10. Mai 1941, in: ebd., Bl. 219–222.

86 Als »Gründungsministerien« sollten das AA den Vorsitzenden, das RMVP den zweiten Vorsitzenden und das REM den Geschäftsführer dieses Ausschusses stellen. Gleichzeitig legte

rigkeiten« zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Propagandaministerium nicht über Planungsentwürfe hinaus. Dass Rudolf Mentzel den ganzen Vorgang im November 1942 zu den Akten nahm, hing aber nicht nur damit zusammen, denn inzwischen hatten sich auch die Prioritäten seines Ministeriums verschoben.⁸⁷ So hatte der Selbstmord des Präsidenten des Reichsforschungsrates im Reich eine hitzige Debatte ausgelöst, die vor dem Hintergrund der militärischen Rückschläge auf eine Reorganisation der deutschen Forschung abzielte. Im Fokus stand dabei der Reichsforschungsrat und damit verbunden die für das Reichserziehungsministerium bestehende Gefahr, seinen maßgeblichen Einfluss zu verlieren. Vor diesem Hintergrund erhielt die für das Ministerium berauschende Vision einer von Deutschland dominierten Neuordnung der internationalen Wissenschaftsbeziehungen einen herben Dämpfer, da es für Rust und seine Entourage nun darum ging, zunächst einmal die eigene Position innerhalb des Reiches zu sichern.⁸⁸

3 Fazit

Der für Deutschland erfolgreiche Kriegsverlauf löste nicht nur in der NS-Führungsriege, sondern auch innerhalb der deutschen Wissenschaft eine »regelrechte Neuordnungs- und Machbarkeitseuphorie« aus.⁸⁹ Dies bezog sich nicht nur auf den Zugriff auf die Ressourcen der besetzten Gebiete. Die Strategien der Deutschen für die – auch wissenschaftsbasierte – Expansion in Europa waren langfristig orientiert und an der Perspektive eines auf Dauer angelegten Nazi-Reiches ausgerichtet.⁹⁰ Die heute absurd anmutende Rede von ›Tausendjährigen Reich‹ war für viele damals ein ernst genommener Zeithorizont; die Feldzüge im Westen und im Osten markierten ja nicht das Ende der vom NS-Regime provozierten Kriege, sondern lediglich eine Art Auftakt im Kampf um die Weltherrschaft. Was heute verrückt erscheint, ist – als Perspektive der zeit-

das AA den Entwurf einer Geschäftsordnung des Ausschusses vor. Vgl. Vermerk Rudolf Mentzels (REM), 7. Mai 1942, in: ebd., Bl. 255; Entwurf eines Schreibens des AA an die Reichsministerien, Mai 1942, in: ebd., Bl. 254; Geschäftsordnung des Interministeriellen Ausschusses für internationale Verbände und Kongresse, Mai 1942, in: ebd., Bl. 253.

⁸⁷ Vgl. handschriftlicher Vermerk Rudolf Mentzels (REM) vom 18. November 1942 auf dem Vermerk von Herbert Scurla (REM), 30. Mai 1942, in: ebd., Bl. 256.

⁸⁸ Vgl. dazu Flachowsky: *Reichsforschungsrat*, S. 267–300.

⁸⁹ Aly und Heim: *Vordenker*, S. 394.

⁹⁰ Vgl. Hachtmann: »Führung«, S. 34.

genössischen Akteure – historiographisch ernst zu nehmen. Erst die militärische Wende von 1942/43 machte diese Pläne zunichte.⁹¹

Durch die Besetzung Westeuropas eröffnete sich einer jener für den NS-Staat typischen zeitlich begrenzten Ermöglichungsräume, in dem sich Konturen einer künftigen »großeuropäischen« Forschungslandschaft unter NS-Hege monie« abzeichneten.⁹² Zwar bestand auf deutscher Seite weitgehender Konsens über den deutschen Führungsanspruch, aber wie in anderen Bereichen der NS-Polykratie stießen auch hier divergierende Interessen aufeinander. Dies betraf nicht nur Auseinandersetzungen auf der ministeriellen Ebene etwa zwischen dem Auswärtigen Amt, dem Propaganda- und dem Reichserziehungsministerium. Auch im Bereich der Wissenschaftspolitik stießen unterschiedliche Positionen aufeinander, die die sich ergebenden Ermöglichungsräume zu ihren Gunsten nutzen wollten. Da waren zunächst die deutschen Akademien. Sie hatten es versäumt, auf die Herausforderungen der sich im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts vollziehenden disziplinären Ausdifferenzierung des deutschen Wissenschaftssystems adäquat zu reagieren. Nach dem Ersten Weltkrieg drifteten sie daher an die wissenschaftliche Peripherie ab, zumal neue flexiblere Organisationen wie die KWG und die DFG in diese Aufgaben hineinwuchsen. Erschwendend kam hinzu, dass sich die Akademien durch ihren dogmatischen Gegen boykott gewissermaßen selbst von den internationalen Synergien abkoppelten. Das von Theodor Vahlen 1940 vorgelegte Reichsakademie-Konzept, das sich auch auf die internationale Wissenschaftspflege erstreckte, stellte daher den verzweifelten Versuch dar, verlorenes Terrain wiederzugewinnen.

Für das Reichserziehungsministerium spielten die Akademien und deren Befindlichkeiten eine untergeordnete Rolle. Mentzel und seine Umgebung wollten vielmehr an eigene ältere Zielstellungen anknüpfen und den Reichsforschungsrat zu der von ihnen seit jeher projektierten Forschungszentrale erheben. Zu diesem Zweck sollte der RFR nicht nur um geisteswissenschaftliche Fachsparten – möglicherweise auch um die »Aktion Ritterbuch« – erweitert werden, sondern auch die einheitliche Behandlung der internationalen Wissenschaftsbeziehungen übernehmen.

War es bis 1939 zu einer relativen Normalisierung der wissenschaftlichen Außenbeziehungen Deutschlands gekommen, so erzwang der Kriegsbeginn einen Paradigmenwechsel. Die mühsam gekittete internationale *scientific com*

⁹¹ Vgl. Sören Flachowsky, Rüdiger Hachtmann und Florian Schmaltz: »Editorial. Wissenschaftspolitik, Forschungspraxis und Ressourcenmobilisierung im NS Herrschaftssystem«, in: *Ressourcenmobilisierung*, S. 7–32, hier S. 20.

⁹² Hachtmann: »Führung«, S. 36.

munity fragmentierte sich nicht nur, mit dem von ihm ausgelösten Krieg schnitt sich Deutschland auch von der Kommunikation mit den anderen großen Wissenschaftsnationen ab.⁹³ Wie Rüdiger Hachtmann am Beispiel der *Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft* zeigt, »orientierten sich die reichsdeutschen Wissenschaftler in ihren Außenbeziehungen neu«, in dem sie sich – geopolitischen Prämissen folgend – ab 1939 auf den Osten und Südosten Europas sowie auf den Mittelmeerraum konzentrierten.⁹⁴ Dies scheint mir aber nur teilweise zuzutreffen, denn gerade die Vorstöße gegen die Akademieunion und den Internationalen Forschungsrat zeigen, dass auch der Westen weiterhin im Fokus der wissenschaftlichen ›Außenpolitik‹ Deutschlands stand. Ging es zunächst darum, alte Rachegeißel zu befriedigen und die seit 1919 bestehende Ordnung zu zerstören, machte sich 1941/42 eine zumindest vorübergehend verbindliche Maxime bemerkbar, die mit dem Begriff der ›Magnettheorie‹ beschrieben werden kann. Auch wenn am großdeutschen Führungsanspruch nicht gerüttelt wurde, bemühte man sich nun um eine wohlwollende »Haltung der Wissenschaft der Neutralen, [...] der besetzten Gebiete und [...] der Feindstaaten«, indem man auf einen »positiven« wissenschaftlichen Außeneinsatz setzte, der durch »Leistung« überzeugen sollte.⁹⁵ Hinter diesen vermeintlichen Umarmungen stand die Einsicht, dass man trotz des eigenen Überlegenheitsgefühls auf die andere Seite angewiesen war. Dieser vom REM postulierte »positive« Wissenschaftseinsatz war freilich immer Bestandteil der deutschen Außenpolitik, die drauf abzielte, die Wissenschaftsorganisationen des Auslands durch Unterwanderungsstrategien zu Vasallen zu machen. Dass dieser Ansatz scheiterte, hing mit dem NS-Besetzungsregime und der mangelnden Bereitschaft der Wissenschaftler in den besetzten Ländern zusammen, mit den Deutschen zu kollaborieren.⁹⁶ Allerdings

⁹³ Vgl. Rüdiger Hachtmann: *Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«. Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft*. Göttingen 2007, S. 568.

⁹⁴ Vgl. Hachtmann: »Führung«, S. 35.

⁹⁵ Vermerk Herbert Scurlas (REM), 21. Januar 1941, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 135–137.

⁹⁶ Vgl. Stoecker: »Ergänzungsraum«, S. 173. Im Juli 1942 erfuhr das AA, dass beim französischen Delegationsleiter in der UAI, Ferdinand Lot, mit einer »loyalen Zusammenarbeit« kaum zu rechnen sei, nachdem sein jüdischer Schwiegersohn als Geisel erschossen worden war. Dr. Krüger (Deutsche Botschaft Paris) an AA, 27. Juli 1942, in: BArch Berlin, R 4901/3190, Bl. 314f. Um überhaupt Aussicht auf eine Wiederbelebung der Arbeiten der UAI zu haben, musste sich Stroux zunächst für eine Freilassung des im KZ Sachsenhausen inhaftierten Krakauer Professors Alexander Birkenmajer und des in deutscher Kriegsgefangenschaft befindlichen Professors Marcel Hombert einsetzen. Vgl. die umfangreiche Korrespondenz betr. Birkenmajer in ABBAW, PAW II-XII/34 und 36. Zu Stroux' Bemühungen um eine Freigabe Homberts vgl. Stroux an REM, 16. November 1940, in: ebd., PAW II-XII/36, unp.; Stroux an Theodor Vahlen (PAW) 16. November 1940, in: ebd.; Stroux an Generaloberst [Name unleserlich], 19. Januar

verweisen die oben genannten Beispiele darauf, dass diese Abneigung in den einzelnen Fächern und Fachunionen recht unterschiedlich ausgeprägt war. Während sich beispielsweise die internationale Community der Altertumswissenschaftler, der Staatsrechtler und der Bibliothekare einer Kooperation mit Deutschland verweigerte, war zumindest ein Teil der Geographen zur Kollaboration bereit. Noch nach dem Kriegsbeginn hatte der Präsident der Internationalen Chemieunion für eine Fortsetzung der internationalen Zusammenarbeit plädiert, wobei er die »kriegsführenden Nationen« ausdrücklich mit einschloss.⁹⁷ Wie der deutsche Vizepräsident der Chemieunion Ende 1940 betonte, nahmen die Arbeiten auch während des Krieges ihren Fortgang, es erschienen sogar weiterhin Kommissionsberichte in der Pariser Zentrale.⁹⁸ Um zu allgemeineren Aussagen über den Erfolg oder Misserfolg der deutschen Kollaborationsstrategie zu gelangen, erscheint es daher notwendig, jeden internationalen Fachverband des Forschungsrates und die einzelnen Kommissionen der Akademieunion getrennt zu untersuchen, denn die hier genannten Beispiele lassen vermuten, dass die internationale Idee in den einzelnen Verbänden unterschiedlich stark ausgeprägt war.

1941, in: ebd. Auch der Generalsekretär der *International Union of Radio Science*, der Belgier A. Dorsimont, befand sich 1940 in deutscher Gefangenschaft. Vgl. Protokoll der Sitzung am 12. November 1940 betr. die internationalen Verbände, 11. Dezember 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3191 – Sonderheft (Protokoll vom 12.11.1940), Bl. 21R.

⁹⁷ Maier: *Chemiker*, S. 502. Dort auch der Hinweis, dass die »Reichsfachgruppe Chemie« unter Walther Schieber 1942/43 versuchte, die Geschäftsstelle der *Internationalen Chemie-Union* von Paris nach Frankfurt am Main zu verlegen. Vgl. ebd., S. 508.

⁹⁸ Protokoll der Sitzung am 12. November 1940 betr. die internationalen Verbände, 11. Dezember 1940, in: BArch Berlin, R 4901/3191 – Sonderheft (Protokoll vom 12. Novemer 1940), Bl. 19.